

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
|  |  |  |  |  |  |
|---|---|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

| <b>Gleichstellungspolitische Anforderungen der DGB Frauen an die Parteien</b> | <b>Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben</b>  | <b>Zeit für mehr Gerechtigkeit</b>  | <b>Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle. Die Zukunft für die wir kämpfen</b>  | <b>Zukunft wird aus Mut gemacht</b>   | <b>Denken wir neu</b>   |
|---|---|---|---|---|---|
| DGB-Bundesfrauenausschuss   | Regierungsprogramm 2017-2021  | Unser Regierungsprogramm für Deutschland  | Langfassung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017   | Bundestagswahlprogramm 2017   | Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: „Schauen wir nicht länger zu“   |
| Beschluss vom 28. September 2016  | Stand: 01.08.2017   | Stand: 01.08.2017   | Stand: 01.08.2017   | Stand: 01.08.2017   | Stand: 01.08.2017   |
|   | <a href="https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1">https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1</a> | <a href="https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundespartei-tag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf">https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundespartei-tag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf</a> | <a href="https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf">https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf</a> | <a href="https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf">https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf</a> | <a href="https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf">https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf</a> |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

| 1. Gleichstellung am Arbeitsmarkt  |  |   |   |   |                                     |
|--|--|---|---|---|-------------------------------------|
| 1.1. Überwindung der Entgeltlücke  |  |   |   |   |                                     |
| a) Stärkung der Flächentarifverträge und Erleichterung der <b>Allgemeinverbindlichkeitserklärung</b> | Stärkung Tarifpartnerschaft, Tarifbindung und Tarifautonomie (S. 15) | stärkere Tarifbindung und Pakt für anständige Löhne; Voraussetzung: starke Gewerkschaften (S. 22)<br><br>Verbesserung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen (S. 22)<br><br>Verbandsklagerecht für Gewerkschaften (S. 22)<br><br>Privilegierung tarifgebundener Betriebe (S. 22) | Abschaffung des Vetorechts der Arbeitgeberseite gegen die Allgemeinverbindlichkeit (S. 15)<br><br>Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen auf Antrag einer Tarifvertragspartei, bei<br>a) Erfassung Beschäftigten einer Branche<br>b) Notwendigkeit zur Absicherung gegen wirtschaftliche und soziale Fehlentwicklungen (S. 15)<br><br>Schutz von Tarifverträgen bei Übergang in nicht tarifgebundene Unternehmen (S. 15) | Stärkung Tarifautonomie (S. 178)<br><br>leichtere Allgemeinverbindlichkeitserklärung (S. 218) | Verteidigung Tarifautonomie (S. 64) |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| <p>b) <b>Entgeltgleichheitsgesetz</b>: Pflicht für Unternehmen zur Überprüfung Entgeltpraxis</p>  | <p>Überprüfung Entgelttransparenz-Gesetz und gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern Planung weitere Schritte (S. 13)</p> | <p>Ausbau des Transparenzgesetzes zu einem Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht (S. 82)</p> <p>Prüfverfahren der Entgeltstrukturen, nach vorgegebenen Kriterien, bereits ab einer Unternehmensgröße von 50 Beschäftigten (S. 82)</p> | <p>Einführung:</p> <p>a) eines verbindlichen Entgeltgleichheitsgesetzes</p> <p>b) eines Verbandsklagerechtes (S. 15)</p> <p>Anhebung gesetzlicher Mindestlohn auf 12 Euro/h (S. 13)</p> <p>Steigerung der Löhne für Gering- und Normalverdienende (S. 15)</p> | <p>Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht, das auch für kleine Betriebe gilt (S. 130 und 134)</p> <p>Lohncheck einführen (S. 134)</p> <p>Erwerbsarbeit muss sich rechnen (S. 130)</p> <p>branchenspezifische Lohnuntergrenzen oberhalb des Mindestlohns (S. 217)</p> | <p>bestehendes Entgeltgleichheitsgesetz als Einschränkung unternehmerischer Freiräume und bürokratische Belastung (S. 130), woraus die Forderung nach weniger bürokratischen Belastungen und mehr unternehmerischen Freiräumen folgt (S. 130)</p> |
| <p>c) Transparenz in <b>Stellenausschreibungen</b> bezüglich Bezahlung und Sonderleistung</p>   | <p>-</p>  | <p>-</p>  | <p>-</p>  | <p>-</p>  | <p>-</p>  |
| <p>d) Erweiterung <b>des Initiativ- und Beratungsrechts des Betriebsrates</b> bezüglich Gleichstellungsmaßnahmen v. a. beim Entgelt</p> | <p>-</p>  | <p>-</p>  | <p>-</p>  | <p>-</p>  | <p>-</p>  |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|   |  |  |  |  |   |
|---|--|--|--|--|---|
| e) Aufwertung <b>frauendominierter Berufe</b> | Verbesserung Arbeitsbedingungen Pflegender (S. 39) | Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege (S. 41)<br>Stärkung sozialer Dienstleistungen (Einkommenssteigerung, Forderung nach Ausbildungsvergütung) (S. 24 f.) | bessere Anerkennung und Vergütung von frauendominierten Berufen (Pflegearbeit) (S. 35) | Aufwertung „typischer Frauenberufe“ in Erziehung, Pflege, Gesundheitssystem (S. 130) | Aufwertung Pflegeberufe, durch eine bessere Vergütung (S. 89) |
|---|--|--|--|--|---|

#### 1.2 Frauen in Führungsfunktionen

|   |   |  |   |   |  |
|---|---|--|---|---|--|
| <b>Gleichstellungsgesetz</b> für die Privatwirtschaft | gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025 (S. 14) | Entwicklung Gesamtstrategie „Frauen in Führungspositionen“ für alle Bereiche: Wirtschaft, Verwaltung, Medien, Kultur und Wissenschaft (S. 82)<br>Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft (S. 82)<br>Steigerung der Frauenquote und Erweiterung des Geltungsbereichs auf alle Unternehmen, auf Körperschaften des öffentlichen Rechts und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte (S. 82) | Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft (S. 68)<br>verbindliche Frauenquote von 50 % für Aufsichtsräte und Vorstände aller Unternehmen (S. 68) | für Vielfalt in Führungsetagen: 50 %-Quote für die 3500 börsenorientierten und mitbestimmten Unternehmen (S. 131) | für mehr Frauen in Führungsverantwortung (S. 72)<br>Ablehnung der gesetzlichen Quote (S. 72) |
|---|---|--|---|---|--|

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

| 1.3 Weiterentwicklung der Mitbestimmungsrechte   |  |   |  |  |   |
|--|--|---|--|--|---|
| a) Ausbau <b>Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates</b> bei Gleichstellungsmaßnahmen wie Einstellung, Aus-, Fort- und Weiterbildungen, Regelungen Vereinbarkeit Familie & Beruf | -  | Initiativrecht zur Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen (S. 24)   | Wirksame Mitbestimmung Betriebsräte u. a. bezüglich Arbeitsbedingungen (S. 21f.)<br><br>stärkere Kontrolle von Überstunden und Arbeitszeitgesetzen seitens der Betriebsräte (S. 68)  | Möglichkeit für Betriebsräte, Betriebsvereinbarungen zu Vereinbarkeitsfragen zu verhandeln (S. 220)  | -   |
| b) Verpflichtender <b>jährlicher Entgeltbericht</b> zum Stand der Gleichstellung   | -  | -   | -  | -  | -   |
| 1.4 Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und ihrer Instrumente   |  |   |  |  |   |
| a) <b>Soziale Absicherung</b> aller Arbeitsverhältnisse, insbesondere Reform <b>Minijobs</b>   | mehr Frauen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (S. 11)<br><br>Teilhabe an Lohnsteigerungen durch „mitwachsenden Minijob“ (S. 12) | Abbau geringfügiger Beschäftigung (S. 21)<br><br>Möglichkeiten eröffnen, von Minijob in die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu gelangen (S. 21)<br><br>Verbesserung Arbeitsbedingungen: unbefristete Arbeit, die sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt wird als Normalzustand (S. 17) | Ersatz von Mini- und Midi-Jobs durch unbefristete Arbeitsverträge und existenzsichernde Einkommen (S. 14)<br><br>Schaffung eines neuen Normalerwerbsverhältnis: Arbeit sicher, unbefristet, tariflich und demokratisch gestaltet (S. 13) | Umwandlung Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung:<br>Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander abstimmen, dass sich Erwerbsarbeit lohnt (S. 130)<br><br>Ausweitung Mindestlohn für alle regulär Angestellten (S. 217) | Wechsel vom Mini- in den Midijob attraktiver gestalten (S. 65)<br><br>Erhöhung Entgeltobergrenzen auf das 60-fache des Mindeststundenlohns (von 450 Euro auf 530,40 Euro) (S. 66) |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|  |   |  |   |   |   |
|--|---|--|---|---|---|
| b) Verzicht auf Vermittlung in nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (im SGB II)                 | - | -  | -   | -   | - |
| c) <b>Zumutbarkeitskriterien</b> entschärfen   | - | Abschaffung Sanktionen für unter 25-Jährige (S. 27)  | Abschaffung Hartz IV (S. 24) sowie Sperrzeiten und Sanktionen im SGB II und III (S. 24) | Abschaffung Sanktionen (S. 205)   | - |
| d) Einbindung von Frauen in qualitativ <b>hochwertige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen</b> statt 1 Euro-Jobs | - | -  | -   | -   | - |
| e) <b>Nichtleistungsempfängerinnen</b> im SGB III in den Arbeitsmarkt <b>integrieren</b>                     | - | Familienfreundliche Gestaltung der Arbeitsförderung (S. 25)<br>für langzeitarbeitslose Frauen: trotz Anrechnung Partnereinkommen Einführung Anspruch auf aktivierende Leistungen (Weiterbildungen) nach dem SGB II (S. 27) | -   | -   | - |
| f) <b>Bedarfsgemeinschaft</b> abschaffen   | - | -  | Abschaffung Hartz IV (S. 24)  | Bedarfsgemeinschaften benachteiligen Frauen und zementieren Abhängigkeit (S. 205) | - |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

| 1.5 Geschlechterperspektiven in Arbeits- und Gesundheitsschutz   |   |  |   |   |   |
|--|---|--|---|---|---|
| a) Geschlechterperspektive im <b>Arbeitsschutz</b>   | - | Erweiterung Arbeitsschutz durch Ausbau Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte (S. 23) | Anpassung Arbeitsschutzrechte an Digitalisierung (S. 16)<br>Einführung:<br>a) einer Anti-Stress-Verordnung<br>b) eines individuellen Veto-Rechts gegen Überlastung<br>c) von kürzeren Arbeitszeiten (S. 18) | Stärkung Arbeitsschutz zur Prävention von Stress, Burn-out, Mobbing und Entgrenzung der Arbeit (S. 217) | - |
| b) geschlechtergerechte <b>Gefährdungsbeurteilung</b>  | - | Umsetzung Gefährdungsbeurteilungen (S. 23)   | -   | -   | - |
| c) regelmäßige Überprüfung und Veröffentlichung geschlechterrelevanter <b>Erkenntnisse aus der Forschung</b> | - | -  | -   | -   | - |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

| 1.6 Geschlechterperspektive in der Berichterstattung der Bundesregierung  |   |   |   |  |   |
|---|---|---|---|--|---|
| Stärkung <b>der Geschlechterperspektive als Querschnittsthema</b>   | - | -   | -   | -  | - |
| 1.7 öffentliche Auftragsvergabe   |   |   |   |  |   |
| Berücksichtigung sozialer Kriterien bei <b>der öffentlichen Auftragsvergabe</b> , z.B. Tariftreue, Mindestlohn, Gleichstellung von Männern und Frauen | - | Berücksichtigung Tariftreuer-Regelungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (S. 22)   | Vergabe öffentlicher Aufträge anhand sozialer Kriterien: Einhaltung Tarifverträge, Kriterien der Gewerkschaften für gute Arbeit (S. 79) | -  | - |
| 1.8 Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)   |   |   |   |  |   |
| <b>Erweiterung des Verbandsklagerecht</b> für im Betrieb vertretene Gewerkschaften, Betriebs- und PersonalrätInnen und MitarbeiterInnenvertretungen   | - | Weiterentwicklung AGG durch Stärkung Antidiskriminierungsstelle des Bundes (S. 83)<br>Ausweitung des AGG auf staatliches Handeln (S. 83)<br>Verankerung Verbandsklagerecht im AGG (S. 83) | Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) & Einführung Verbandsklagerecht (S. 118)                                   | Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes durch die Einführung eines Verbandsklagerechts (S. 120) | - |



|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

| 2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf   |   |   |  |   |   |
|--|---|---|--|---|---|
| 2.1 Kinderbetreuung  |   |   |  |   |   |
| a) bedarfsgerechter Ausbau ganztägiger <b>Betreuungseinrichtungen</b>                | Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter (S. 25)   | gutes und ausreichendes Angebot an Krippen, Kitas Schulen (S. 10)<br><br>Einführung Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern – mit finanzieller Beteiligung des Bundes (S. 10)            | Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuungsangebot für Kinder (S. 27)<br><br>flexible Öffnungszeiten (S. 28) | alle Kinder haben Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kita (in der die ErzieherIn Zeit hat, jedes Kind einzeln zu unterstützen) (S. 176) und auf Hortbetreuung (S. 210)   | Förderung von flexiblen Angeboten zur Kinderbetreuung (S. 72) |
| b) <b>Stärkung</b> der (frühkindlichen) <b>Bildung</b> für Kinder unter sechs Jahren | Forderung nach bestmöglicher Erziehung, Bildung (S. 24)<br><br>bessere Betreuung für Kinder unabhängig von Herkunft und Lebenssituation (S. 24) | Investition in Bildung und Betreuung am Nachmittag (S. 10)<br><br>Fachkräfteoffensive: zusätzliche ErzieherInnen (S. 10)<br><br>Qualitätsgesetz in Kitas: Verbesserung der Ernährung und der Kita Ausstattung (S. 10) | kostenfreie Bildung für Kinder und Jugendliche (S. 27)   | Gesetz zur Sicherung von Qualitätsstandards: ErzieherInnen sollen künftig höchstens vier Kinder unter drei Jahren bzw. zehn ältere Kinder betreuen (S. 181)<br><br>bessere Ausstattung von Kitas (S. 175)<br><br>gute Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten für Kinder (S. 213) | Sprachförderung vor der Einschulung (S. 28)                   |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|  |   |  |  |  |  |
|--|---|--|--|--|--|
| c) <b>Investition in pädagogische Fachkräfte:</b> Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Einkommens, der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten | mehr gut ausgebildetes Personal (S. 25) | Aufwertung des Berufs des/r ErzieherIn und Verbesserung der Ausbildung (S. 10) | Realisierung von Standards guter Arbeit (angemessene Bezahlung, Aufwertung Sozial- und Erziehungsberufe), Aufstockung Fachpersonal (S. 28) | Investitionen in Aus- und Weiterbildungen der ErzieherInnen, unter Kostenbeteiligung des Bundes in Höhe von 3 Mrd. Euro (S. 181) | bessere Bezahlung und Ausbildung von Kita-Personal (S. 28) |
| d) <b>Ausbau</b> von gebundenen <b>Ganztagschulen</b>  | -                                       | Schaffung eines ausreichenden Angebots an Ganztagschulen (S. 10)               | Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuungsangebot (S. 27)   | flächendeckender Ausbau von Ganztagschulen (S.210)   | -  |
| e) Flexible <b>Aufnahmeverfahren</b> in der Kinderbetreuung  | -                                       | -  | -  | -  | -  |
| 2.2 Zeitsouveränität   |   |  |  |  |  |
| a) Ausweitung des im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankerten Rechtsanspruch auf Teilzeit auch auf Betriebe mit weniger als 15 Beschäftigten  | -                                       | -  | -  | -  | -  |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| <p>b) <b>Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit</b> sowie auf Rückkehr aus Teilzeit</p> | <p>zur Erleichterung der Rückkehr in die berufliche Vollzeit: Schaffung eines Anspruchs auf befristete Teilzeit in Betrieben ab einer bestimmten Größe (S. 26)</p> | <p>Schaffung Wahlarbeitszeitgesetz mit Rechtsansprüchen der Beschäftigten, finanzieller Unterstützung in bestimmten Lebensphasen, Anreize für die Aushandlung betrieblicher Wahlarbeitskonzepte (S. 22)</p> <p>Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren (S. 22)</p> <p>Schaffung Wahlmöglichkeiten bezüglich Arbeitszeit und -ort, sofern betriebliche Belange dem nicht im Weg stehen (S. 22)</p> | <p>Ergänzung des bestehenden Rechtsanspruchs auf Teilzeit durch ein Rückkehrrecht auf die vorherige vertragliche Arbeitszeit (S. 18)</p> <p>Mehr Mitbestimmungsrechte: Angestellte müssen über Einfluss auf die Gestaltung der Arbeit und Arbeitszeit verfügen (S. 17)</p> | <p>Reduzierung und Erhöhung der Arbeitszeit um max. 10 Wochenstunden (S. 131)</p> <p>flexible Vollzeit: Beschäftigte können innerhalb einer Wochenarbeitszeit von 30 bis 40 Stunden frei über die Zeiteinteilung verfügen (S. 210)</p> <p>Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit (S. 210)</p> <p>Mehr Mitspracherechte der Beschäftigten bezüglich Zeitsouveränität: etwa hinsichtlich Umfang, Lage und Ort der Arbeit (S. 219)</p> | <p>mehr Flexibilität bei der Regulierung von Arbeitszeitmodellen (S. 84)</p> |
|---|--|--|--|--|--|

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|  |   |   |   |   |   |
|--|---|---|---|---|---|
| <p>c) <b>Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes</b>, sodass sich die gesetzlich fixierte Frist für die Rückmeldung durch den Arbeitgeber am Eingang des Antrags der/des Arbeitnehmenden orientiert</p> | - | - | - | - | - |
| <p>d) <b>Umgestaltung des Betriebsverfassungsgesetzes</b> und des Bundespersonalvertretungsgesetzes zur Stärkung der Mitbestimmungsrechte des jeweiligen Gremiums</p>  | - | - | - | - | - |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

| 2.3 Kündigungsschutz  |   |   |  |  |   |
|---|---|---|--|--|---|
| Verbesserung des <b>Kündigungsschutzes</b> und <b>Abschaffung der sachgrundlosen Befristung</b> | Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt: befristete Verhältnisse dürfen unbefristete nicht einfach ersetzen (S. 13) | Abschaffung der sachgrundlosen Befristung (S. 12)<br>besonderen Kündigungsschutz für die Initiatoren einer Betriebsratswahl (S. 24) | Streichung der sachgrundlosen Befristung aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (S. 13)<br><br>Geltung des Kündigungsschutzgesetzes für alle Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten (S. 25)<br><br>Kündigungsschutz bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres des Kindes (S. 28) | Trendumkehr unsicherer Beschäftigung, durch gleiche Bezahlung für Leiharbeiter und Stammebelegschaft (S. 193) sowie Abschaffung der sachgrundlosen Befristung (S. 217) | - |
| 2.4 Weiterentwicklung des Elterngeldes  |   |   |  |  |   |
| a) geschlechtergerechte Ausgestaltung des <b>Elterngeldes</b>                                   | -   | -   | Verbesserungen des Bezugs von Elterngeld v. a. für Alleinerziehende (S. 28)  | Ablösung des Elterngeldes durch KinderZeitPlus: Recht, auch nach dem ersten Geburtstag des Kindes phasenweise die Arbeitszeit zu reduzieren (S. 210)                   | - |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|  |   |  |  |   |   |
|--|---|--|--|---|---|
| b) Schaffung von Anreizen für eine partnerschaftliche <b>egalitäre Arbeitszeitverteilung</b>         | - | Einführung Familienarbeitszeit und Familiengeld, bei partnerschaftlicher Aufteilung von Erwerbsarbeit: jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern, wenn sie 75% bis 90% der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten (S. 9) | Umverteilung der gut bezahlten Erwerbsarbeit hin zu Frauen (S. 68) | Unterstützen eine partnerschaftliche Aufteilung von bezahlten und unbezahlten Aufgaben (S. 216) | - |
| c) Einbeziehung von <b>Zulagen und Zuschlägen</b> bei der Berechnung des Elterngeldes                | - | -  | -  | -   | - |
| d) keine <b>Anrechnung von SGB II-Leistungen</b> , Sozialhilfe und Kinderzuschlag auf das Elterngeld | - | -  | -  | -   | - |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

| 2.5 Verbesserung der Pflegezeit   |   |   |   |   |  |
|---|---|---|---|---|--|
| a) Einführung <b>Entgeltersatzleistung</b> für die im Pflegezeitgesetz vorgesehene Auszeit von max. sechs Monaten | - | Einführung Familienarbeitszeit für Pflegenden: Reduzierung der Arbeitszeit pflegender Angehöriger, für bis zu drei Monate ganz oder zum Teil, mit Lohnersatzleistung (im Umfang des Elterngeldes) (S. 15)<br><br>Bei langfristiger Arbeitszeitreduzierung (zwischen 75 und 90% der regulären Vollzeit), Familiengeld für Pflege (mtl. 150 Euro) (S. 15) | Rechtsanspruch für Beschäftigte auf regulär und durch den Arbeitgeber bezahlte Freistellung von bis zu sechs Wochen (S. 69) | Pflegezeit Plus: Pflegenden erhalten eine Lohnersatzleistung für 3 Monate und werden von der Arbeit freigestellt (S. 204) | keine Entgeltersatzleistung, aber steuerliche Berücksichtigung von Pflege- und Betreuungszeit (S. 121) |
| b) Schaffung Anreize geschlechtergerechte <b>Inanspruchnahme der Pflegezeit</b>                                   | - | -   | neue Verteilung aller bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen (S. 69)                                  | -   | -  |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|  |  |   |   |   |  |
|--|--|---|---|---|--|
| c) Ausbau <b>Betreuungsinfrastruktur</b> (bezahlbare, qualitativ hochwertige ambulante Pflegedienste)              | flächendeckende Verfügbarkeit von Leistungen der Daseinsvorsorge, besonders im ländlichen Raum (S. 28)   | Stärkung Pflegestützpunkte, für Beratungen und Unterstützungsleistungen pflegender Angehöriger (S. 15)  | Verbesserung der ambulanten Versorgung in Stadt und Land (S. 32)  | Ausbau flächendeckender ambulanter Unterstützungsangebote, bei Bedarf rund um die Uhr (S. 203)<br><br>Ausbau Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege (S. 203) | -  |
| 2.6 Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs  |  |   |   |   |  |
| a) <b>Rechtsanspruch auf Qualifizierung</b> und Umschulung während und nach fürsorgebedingten Erwerbsunterbrechung | „Nationale Weiterbildungsstrategie“ zum lebenslangen Lernen (S. 15)<br><br>alleinerziehende Mütter und Väter sollen Beratungen über Möglichkeiten zur beruflichen Wiedereingliederung erhalten (S. 26) | Einführung Recht auf Weiterbildung (v. a. für Arbeitslose, die nach 3 Monaten keinen Job haben) (S. 26) | Rechtsanspruch auf Beratung und Weiterqualifizierung (S. 25)<br><br>Erleichterung Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause durch kostenfreie Weiterbildungsangebote (S. 28) | BildungsZeit Plus: durch einen Mix aus Darlehen und Zuschüssen, können Unterstützungen bei Weiterbildungen von Erwachsenen erfolgen (S. 180)            | Förderung von Weiterbildungen (S. 33)<br><br>Bildungssparen: für jeden Euro, der für Bildung zur Seite gelegt wird, gibt es einen staatlichen Zuschuss (S. 31) |
| b) Rechtsanspruch auf <b>Rückkehr an den alten Arbeitsplatz</b>  | -  | -   | -   | -   | -  |



|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

| 2.7 Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen   |   |  |  |   |  |
|---|---|--|--|---|--|
| gute <b>Arbeitsbedingungen</b> für die Beschäftigten, bezahlbare Preise für Familien und hochwertige Qualität | - | staatliche Förderung von Dienstleistungen an die soziale Absicherung der Beschäftigten koppeln (S. 15) | <p>Organisation von Arbeit in Privathaushalten über zertifizierte Agenturen, gemeinwohlorientierten oder kommunale Träger (S. 14)</p> <p>Sicherstellung, dass zertifizierte Dienstleistungsplattformen Tarifverträge einhalten, unbefristete Beschäftigung offerieren, das Recht auf eine vertragliche Mindeststundenzahl und die Bezahlung nach dem Mindestlohn garantieren (S. 14)</p> <p>Beratungs- und Weiterbildungsangebote für Beschäftigte in Privathaushalten (S. 14)</p> | - | <p>Stärkung privater Haushalte als Arbeitgeber (S. 121)</p> <p>Bekämpfung Schwarzarbeit (S. 121)</p> <p>für angefallene Kosten soll eine Steuerermäßigung von 50 Prozent statt 20 Prozent als Abzug von der Steuer-schuld geltend gemacht werden können (S. 121)</p> |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

| 3. geschlechtergerechte Alterssicherung   |   |  |   |   |  |
|---|---|--|---|---|--|
| a) Stärkung weiblicher Erwerbsbiographien durch <b>partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie</b> | -   | Steigerung Erwerbsbeteiligung, Qualifizierung von Frauen, kinderfreundliche Infrastruktur und familienfreundliche Lebensarbeitszeitmodelle (S. 44) | gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit, unbezahlter Hausarbeit, Kindererziehung und Betreuung sowie von Pflege innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern (S. 68)<br><br>Umverteilung der gut bezahlten Erwerbsarbeit hin zu Frauen (S. 68) | Unterstützung wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Frauen (S. 130)<br><br>Vereinfachung der Absicherung durch Erwerbsarbeit bei Frauen durch bessere Kinderbetreuung, Umwandlung Minijobs und Rückkehrrecht auf Vollzeit, Anrechnung, fairen Abbildung Pflegezeit bei der Rente (S. 200) | -  |
| b) <b>Überwindung der Entgeltlücke</b> (Verbesserung Einkommenschancen)                                       | siehe Punkt 1.1   | siehe Punkt 1.1  | siehe Punkt 1.1   | siehe Punkt 1.1   | siehe Punkt 1.1  |
| c) <b>Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung</b> und Stabilisierung des derzeitigen Rentenniveaus       | Weiterentwicklung Renten in einer Rentenkommission bis 2019 (S. 43) | Stabilisierung Rentenniveau auf mindestens 48 Prozent (S. 48)  | Wiederherstellung Rentenniveau von 53 % (S. 21)<br><br>Überführung der Riester-Rente in die gesetzliche Rente (S. 22)   | staatliches Rentenniveau auf dem heutigen Stand stabilisieren (S. 198)<br><br>Umwandlung zu einer Bürgerversicherung, in der auch nicht anderweit abgesicherte einbezogen werden, wie Minijobber, Abgeordnete, Langzeitarbeitslose (S. 199)   | Ablehnung Rentengarantie (S. 58)<br><br>Anpassung Rentenniveau an die demografische Entwicklung (S. 59)<br><br>Alternative zu drastisch steigenden Beitragssätzen: ergänzende Vorsorge (S. 59) |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|  |   |   |  |  |   |
|--|---|---|--|--|---|
| d) Angemessene Berücksichtigung von <b>Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten</b> | - | -   | volle Anrechnung von Kindererziehung und eine bessere Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rentenberechnung (S. 69)<br><br>für jedes Kind Gutschrift von drei Entgeltpunkten –(zurzeit über 90 Euro) „Mütterrente“ – auf dem Rentenkonto (S. 22)    | fairen Abbildung von Pflegezeiten bei der Rente (S. 200)<br><br>Garantie echter Rentenansprüche für Menschen, die den Großteil ihres Lebens mit Kindererziehung verbracht haben (S. 206) | -                                       |
| e) Abschaffung der <b>Abschläge</b> bei der Erwerbsminderungsrente                 | - | Verbesserung Erwerbsminderungsrente (S. 46)   | Erleichterung beim Zugang zur Erwerbsminderungsrente (S. 23)<br><br>Abschaffung der Abschläge (S. 23)  | Abschaffung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente (S. 199)  | Stärkung Erwerbsminderungsrente (S. 58) |
| f) Wiedereinführung der Rente nach Mindesteinkommen                                | - | Etablierung Solidarrente: Wer 35 Jahre oder länger Beiträge gezahlt hat oder Zeiten für Kindererziehung und Pflege angerechnet bekommt, soll einen Anspruch auf gesetzliche Solidarrente haben (sofern kein umfangreiches Sonstiges Einkommen oder eine unzureichende Anzahl an Entgeltpunkten vorhanden ist) (S. 46) | Solidarausgleich für Niedriglohn: Ausgleich in Zeiten niedriger Löhne (Profiteure: v. a. Frauen) (S. 22)<br><br>solidarische Mindestrente von 1050 Euro im Monat (S. 11)<br><br>Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen und verbessern (S. 62) | Einführung einer Garantierente, die den Lebensstandard jenseits der Armutsgrenze sichert (S. 198)  | -                                       |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|  |   |   |   |   |  |
|--|---|---|---|---|--|
| g) <b>Schaffung flexibler Übergänge</b> , die auch unterbrochene Erwerbsbiographien berücksichtigen                                  | - | flexible Renteneintrittsmöglichkeiten fördern (S. 47)                                       | spätestens ab 65 Jahren Renteneintritt (S. 23)<br>bei 40 Jahren Beitragszahlungen, Möglichkeit ab 60 Jahren abschlagsfrei in Rente zu gehen (S. 23) | Langzeitarbeitslose in gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen (S. 199)<br>Renteneintrittsalter: 67 Jahre (S. 199)<br>Förderung Altersteilzeit durch Teilrente ab 60 Jahren (S. 199) | flexibler Renteneintritt, zur Schaffung von Freiräumen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (S. 57) (ab 60 persönliche Entscheidung in Rente zu gehen, Voraussetzung: Einkommen aus gesetzlicher Rente und sonstiger Altersvorsorge liegt über dem Grundsicherungsniveau) (S. 57) |
| h) keine Anrechnung von Teilen der gesetzlichen, betrieblichen oder staatlich geförderten privaten Rente auf die Grundsicherung      | - | -   | -   | -   | -  |
| <b>4. Abbau bestehender Widersprüche und Fehlanreize im Steuerrecht</b>  |   |   |   |   |  |
| a) <b>Abschaffung der Steuerklassenkombination III/V</b> zugunsten der Steuerklassenkombination IV/IV ergänzt um das Faktorverfahren | - | Steuerlast gerecht verteilen zwischen Eheleuten mit unterschiedlich hohen Einkommen (S. 50) | -   | -   | Abschaffung Steuerklasse V (S. 72)   |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|   |  |  |   |   |  |
|---|--|--|---|---|--|
| b) Abschmelzen des <b>Splittingvorteils</b>                                       | finanzielle Situation von Familien entlasten, durch Anhebung des Kinderfreibetrages auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags (Realisierung spätestens in darauffolgenden Legislaturperiode) (S. 25) | Erhalt Ehegattensplitting für heutige Eheleute (S. 50)<br>Wahl zwischen System des Ehegattensplittings und Familientarif mit Kinderbonus (Jedes Elternteil soll künftig 150 Euro pro Jahr und pro Kind von seiner Steuerlast abziehen können; Beispiel: Ein Paar mit drei Kindern kann mit dem Kinderbonus 900 Euro im Jahr sparen (S. 50) | Ersatz Ehegattensplitting durch familienfreundlichere Steuermodelle (S. 39)   | Ehegattensplitting ersetzen durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern (S. 130) | Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften erhalten (S. 120) |
| c) <b>Individualbesteuerung</b>   | -  | Im Familientarif können Ehepartner Einkommensanteile von höchstens 20.000 Euro untereinander übertragen (S. 50)  | Übertragung des nicht ausgeschöpften steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. LebenspartnerInnen (S. 39) | individuelle Besteuerung von Paaren (S. 215)  | -  |
| d) Übertragung des Grundfreibetrages auch in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften | -  | -  | -   | -   | -  |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|   |   |   |  |   |   |
|---|---|---|--|---|---|
| e) Gestaltung des gesamten Einkommensteuer- und Sozialrechts so, dass sich aus den Entscheidungen von Frauen und Männern für Erwerbsunterbrechungen im Lebensverlauf dieselben Folgen ergeben | - | -   | -  | -   | -   |
| f) Verknüpfung Individualbesteuerung mit Reform Einkommenssteuer: Entlastung Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen, Mehr Verantwortung für Familien mit höheren Einkommen            | - | Abschaffung Solidaritätszuschlag für unteren und mittleren Einkommen ab 2020 (S. 39)<br><br>Verantwortungsübernahme Vermögender (S. 52) | ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent (S. 39)<br><br>Beschäftigte mit einem Bruttolohn von etwa 1.400 Euro im Monat zahlen keine Lohnsteuer (S. 38)<br><br>Besteuerung von Vermögen ab einer Million Euro mit fünf Prozent (S. 37) | Beseitigung ungleicher Besteuerung von Kapitalerträgen zu allen übrigen Einkünften, indem diese Erträge wieder dem normalen, persönlichen Einkommenssteuersatz unterliegen (S. 194)<br><br>Entlastung kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags (S. 194) | Anheben Kinderfreibeträge, sowie Absetzung Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag zur Entlastung von Familien und Alleinerziehenden (S. 120) |
| g) <b>Berücksichtigung des/der Alleinerziehenden</b> im Steuersystem  | - | Alleinerziehende profitieren vom Kinderbonus (S. 50)  | -  | -   | -   |

|   |  |   |   |   |   |
|---|--|---|---|---|---|
|  | <br> |  |  |  |  |
|---|--|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

| 5. Bekämpfung häuslicher Gewalt und Bereitstellung der notwendigen Mittel   |   |  |   |  |  |
|---|---|--|---|--|--|
| a) <b>dauerhafte Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen</b> für Opfer häuslicher Gewalt  | - | Ausbau Hilfesystem aus Beratungsstellen und Frauenhäusern (S. 83)  | Absicherung Barrierefreiheit von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen (S. 71)<br><br>Finanzielle Ausstattung der Kommunen durch den Bund (S. 71)  | sichere Finanzierung von Frauenhäusern unter Beteiligung des Bundes (S. 131)   | -  |
| b) <b>Rechtsanspruch</b> für alle Opfer häuslicher Gewalt <b>auf sofortigen Schutz</b> und Hilfe, unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunft, gesundheitlicher Einschränkung oder Behinderung | - | Stärkung der Rechte von Opfern sexueller Gewalt (S. 83)<br><br>individueller Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer (S. 83) | Schutz von Frauen, Kindern und Trans* Menschen vor Gewalt als bundespolitische Pflichtaufgabe (S. 71)<br><br>bedarfsorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete Frauen und ihren Kindern sowie für Lesben, Schwule (S. 71)<br><br>Therapiemittel, medizinische sowie psychologische Betreuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe sowie Bildungsangebote für Opfer von Gewalt (S. 71) | qualifizierte Notfallversorgung, anonyme Spurensicherung, Pille danach, therapeutische Begleitung im Falle von Vergewaltigungen (S. 132) | Verbesserung Schutz vor häuslicher Gewalt (zu finden im Kapitel „Religionsfreiheit und Gleichbehandlung von Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“) (S. 83) |
| c) verbindliche und bundesweit einheitliche Regelung zur Vorhaltung Unterstützungssysteme   | - | Überwachung Umsetzung Istanbul-Konvention durch Koordinierungsstelle (S. 83)   | -   | Entwicklung Präventionskonzepte gegen sexualisierte Gewalt und Cybermobbing (S. 135)   | -  |

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
|  |  |  |  |  |  |
|---|---|---|---|---|---|

Hinweis: Die Synopse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Sie kann lediglich eine Übersicht geben, welche Parteien in ihren Programmen auf die Themen der Gewerkschaftsfrauen eingehen! Die AfD wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt, weil sie nur zu wenigen gleichstellungspolitischen bzw. gewerkschaftlichen Themen (zumeist ablehnend) Position bezieht.

|  |   |   |  |   |   |
|--|---|---|--|---|---|
| <p>d) <b>Sicherstellung des Lebensunterhalts für von Gewalt betroffene Menschen</b> für die Zeit des Aufenthalts in einer Schutzrichtung, die vom Leistungsbezug nach dem SGB II und dem SGB XII ausgeschlossen sind</p> | - | - | Zugang zu sozialen Leistungen für Opfer von Gewalt (S. 71) | - | - |
|--|---|---|--|---|---|